

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 23. Juli 1932

Nummer 59

Unser Verband im Jahre 1931

Später als sonst gelangt der diesmalige Rechenschaftsbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in den Besitz der Mitglieder. Die Verzögerung ist im wesentlichen zurückzuführen auf die langwierigen, erst am 14. Mai 1932 zum Abschluß gelangten Tarifverhandlungen, die die leitenden Personen des Verbandsvorstandes sehr stark in Anspruch nahmen. Eine weitere Erschwernis lag darin, daß der Posten des Hauptverwalters zur Zeit unbesetzt ist, was bedingt, daß dessen vielfältige Funktionen von den wenigen Angestellten in der Hauptverwaltung vertretungsweise mit versehen werden müssen. Für die sachliche Beurteilung des Inhalts des neuesten Jahresberichts ist die kurzfristige Verzögerung in seinem Erscheinen aber völlig gegenstandslos. Um so weniger, als sich dadurch die Möglichkeit bot, das Gesamtbild des katastrophalen Wirtschaftsverlaufs in der ersten Jahreshälfte 1932 noch zu vervollständigen und die folgenschweren Auswirkungen der markantesten Gesichtspunkte auf politischem Gebiet gebührender kennzeichnen. Insofern bietet der diesmalige Jahresbericht einen Anschauungsunterricht von besonderem Wert. Bei allen Betrachtungen über die Lage der deutschen Wirtschaft, wie sie sich unter dem Einfluß der privatkapitalistischen Mißgriffe und der Weltkrisis gestaltet hat, handelt es sich um ein zuverlässiges Zurücksehen auf den Weg der Entwicklung, um einfache Feststellungen des Tatsächlichen und — nächsterne Überlegungen. So wird z. B. im Anschluß an die Erörterung der Reparationsfrage, die in enger Verbindung steht mit der deutschen Kredit- und Vertrauenskrise, zusammenfassend folgendes gesagt:

Neben den wirtschaftlichen Ursachen der Vertrauenskrise spielt auch die innerpolitische Entwicklung in Deutschland eine sehr erhebliche Rolle. Die Wüste und im Lou gegen das Ausland rühende und verheerende Agitation der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die ihren Namen zu zwei Dritteln bestimmt mit Anrecht trägt, ihr fanatischer Kampf gegen die Republik und ihre Verfassung, bei dem sie mit den übrigen Parteien der sogenannten Harzburger Front Arm in Arm marschiert, hatte den Rest von Vertrauen in die Gesundheit der deutschen Verhältnisse ausgetilgt. Allein der Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl hat Deutschland über eine Milliarde an Gold- und Devisenverlust gestiftet. Die innenpolitische Situation hat sich seitdem nicht gebessert, im Gegenteil sind die Angriffe auf Regierung und Republik noch erheblich verschärft worden. Der Ausfall der Landtagswahl in Preußen und die Gestaltung der politischen Geschehnisse dieses größten und entscheidendsten Staates im Reich wird weiter einen bestimmenden Einfluß auf die Vertrauenswiederherstellung zur deutschen Politik und Wirtschaft ausüben. Gegenwärtig ist der Ausblick nach dieser Richtung noch düster. Unendlich viel, ja man möchte sagen alles, wird von einer Verständigung zwischen den beiden um die Geldopfer des Krieges nun schon seit Jahren an den Verhandlungstischen ringenden Ländern Deutschland und Frankreich abhängen. Gelingt diese Verständigung nicht, dann stürzt uns das Gespenst weiteren Niedergangs der Wirtschaft — aber nicht allein der deutschen — erdrummungslos ins Gesicht. Leider ist auch mancher grobe politische Fehler gemacht worden, der eine Verständigung erschwerte. . . Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hatte selbstverständlich auch ihre kürzesten Rückwirkungen auf die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen. Kein Haushalt konnte mehr mit den Voraussetzungen in Einklang gehalten werden. Alle Zweige der Sozialversicherung gerieten in eine ständig breiter werdende Gefahrenzone. So glitt denn die Regierung immer weiter ab auf der schon 1930 beschrittenen Bahn der Notverordnungen, „um Wirtschaft und Finanzen zu sichern“. So kann man mit Recht das Jahr 1931 als das Jahr der Notverordnungen bezeichnen, in dem nicht mehr das arbeitsunfähige und mehrheitsunfähige Parlament, sondern die Halbdiktatur mit Hilfe des § 48 der Reichsverfassung über die Gesetze des Volkes entschied.

Wie sich doch die Zeiten gewandelt haben! Sozialpolitische Darlegungen dieser Art waren früher in keinem unserer gewerkschaftlichen Jahresberichte zu finden. Heute jedoch, wo jeder schwer zu leiden hat unter den Krisenzuständen, sind solche Ausführungen der Verbandsleitung eine direkte Notwendigkeit. Nicht zuletzt deshalb, weil nicht selten eine sachliche Beurteilung der Dinge in Mitgliederkreisen zu vermischen ist und die Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden für alle Anzulänglichkeiten der wirtschaftlichen Lage des einzelnen. „Wer nicht Politik treibt, mit dem wird Politik getrieben“, dieses Wort gilt in vermehrtem Umfang für alle Gewerkschaftsrichtungen in dieser Zeit der Not, wo die Gewerkschaftsfeinde aller Schattierungen aufs emsigste bestrebt sind, Verwirrung und Zerissenheit in die organisierte Arbeitererschaft hineinzutragen, Zweifel in ihr wachzurufen über Zweck und Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Demgegenüber muß von den Verbandsleitungen jede sich bietende Gelegenheit ausgenutzt werden, um in überzeugenden Ausführungen auf die engen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft hinzuweisen. Je mehr in dieser Beziehung Wissen und Versehen aufkeimt, desto gesündere Wurzeln wird der Organisationsgedanke schlagen. Wissen verbindet und hält zusammen; so werden Menschen der Not zu Brüdern der Not! Wo wirtschaftspolitisches Wissen fehlt, erzielt das Kapital mit Hilfe seiner Prätorianergarden, Nazis und NSD., die besten Früchte. In der letzten Vergeßlichkeit und dem Nichtwissen erheblicher Teile der erwerbslosen Volksschichten liegt das größte Hindernis für den allgemeinen sozialpolitischen Fortschritt, wie er von den Gewerkschaften mit heißem Bemühen erstrebt wird. Geistige Schulung ist deshalb eine wichtige Etappe der Organisationsarbeit.

Von tiefstem Lasterhaseninn und nächster Überlegung ist auch der umfangreiche Abschnitt des Jahresberichts unseres Verbandsvorstandes diktiert, in dem von den allgemeinen gewerkschaftlichen Aktionen die Rede ist, um Maßnahmen zur Milderung der drückenden Wirtschaftskrise durchzuführen, namentlich in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Ein besonderes Kapitel ist der gähen Abwehr von unternehmerseitigen und staatlichen Angriffen auf tarifliche Grundrechte gewidmet, wie sie von unserer eigenen Organisation bei den letzten Tarifverhandlungen durchgeführt werden mußte. Es werden dabei die „glanzvollsten“ Berken der langen Kette von Prinzipalsforderungen, die angeblich zur Gesundung des Buchdruckgewerbes dienen sollten, wie folgt aneinander gereiht:

Die Anträge der Unternehmer gipfelten durchgehend zu jeder Position des alten Tarifs in einem Maß von Verschlechterungen, das jedes Augenmaß für die Realität der Dinge vermissen ließ. Arbeitszeit und Arbeitsweise wurde nur noch in das jeweilige Verleben des einzelnen Prinzipals gestellt. „Ich der Herr und du der Knecht“ — das war das Leitmotiv der ganzen Vorlage, die in ihrer reaktionären Tendenz mit dem Schlagwort „Bewegungsmachung der Betriebe und Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse“ ummantelt wurde. Fester als je noch sollten dann im organisatorisch-obligatorischen Teil des Tarifs die Verbände mit der ausdrücklichen Haftung für jede vermeintliche oder wirkliche Tarifverletzung ihrer Mitglieder gestellt werden. Was die lohnliche Seite der Bestimmungen des Manteltarifs und ihre Auswirkungen betrifft, sei es in den Grundlagen der Entlohnung bei den Lohnstaffeln, sei es bei den Sondervergütungen und Aufschlägen für Schicht- und Sonntagsarbeit, bei der verlangten Senkung der Spartenzuschläge, bei den Berechnungsbestimmungen, überall trat das ganz unerhüllte Bestreben nach weiterer erheblicher Zurückschraubung der Löhne hervor. Die überzähligen Lohnanteile sollten zur Erleichterung ihrer Herabsetzung einer besonderen Kündigungsmöglichkeit unterstellt werden. Ein weiterer größerer Lohnzuschlag wurde angestrebt mit der regionalen Regelung der Ortszuschläge, die in den einzelnen Tarifkreisen verhandelt und mangels einer Einigung durch die Landeseschlichter endgültig festgelegt

werden sollten. Die Landeseschlichter sollten dabei gleich durch die zentrale Tarifbestimmung an den Grundlohn gebunden sein, die Bemessung der Ortszuschläge „in Anpassung an die in anderen Gewerben der betreffenden Orte gezahlten Löhne“ vorzunehmen. Bei der Lohnstaffelung nach Altersgruppen wurden geradezu irrsinnige Forderungen gestellt. Die Altersgruppen sollten in Berufsgruppen umgewandelt werden. Als Berufsjahre sollten nur die Jahre zählen, in denen der Gehilfe mindestens 6 Monate in einem Betrieb beruflich tätig gewesen ist. Damit wäre ein Großteil der Arbeitslosen in die untersten Klassen abgerückt und vielleicht auf unbeschreibbare Zeit darin verblieben. Dazu sollten noch die Prozentstaffeln vom Spitzenlohn erheblich erweitert werden. Daß Ferien und bezahlte Feiertage ohne Verminderung um die Hälfte erfahren sollten, dient nur zur Verwallfändigung dieses über budenden Straußes. Bei den Sonderbestimmungen für die Sparten war man auch nicht kleinlich. „Entfesselung der Maschine von allen Tarifbestimmungen“ war auf diesem Gebiet das hervorstechende Kennwort.

Jeder Kollege, der über das schließlich erzielte Verhandlungsergebnis sowie über die taktische Haltung unserer Verbandsleitung ein sachgemäßes Urteil gewinnen will, sollte die vorstehend skizzierten maßlosen Unternehmerforderungen sowie die beispiellos schwierige Situation seinen Betrachtungen zugrunde legen. Wenn es trotz alledem gelang, die weitaus wichtigsten tarifvertraglichen Rechte der Gewerkschaft zu sichern, so liegt darin der beste Beweis für die Nichtigkeit der von der Verbandsleitung eingeschlagenen Taktik. Darüber hinaus zeugt die Aufrechterhaltung der Tarifbestimmungen und ihre Hochhaltung in den Betrieben von gewerkschaftlicher Kraft.

Auch hinsichtlich aller übrigen bedeutenden Vorgänge im Verbandsleben ermöglicht der vorliegende Rechenschaftsbericht eine zuverlässige Orientierung über den Istbestand der im Vorjahr geleisteten Arbeit. Wenn wir an dieser Stelle darauf verzichten, auf Einzelheiten dieses Berichtsabschnitts einzugehen, so deshalb, weil sich dieses besser zum persönlichen Studium unserer Mitglieder eignen als zur Erörterung in breiter Öffentlichkeit. Das dürfte sich auch insofern als nützlich erweisen, weil infolge aufmerksamen Studiums manches richtiggestellt werden kann, was, nach gelegentlichen Äußerungen in Betrieben oder in Versammlungen zu schließen, die innere organisatorische Tätigkeit in ganz falschem Licht erscheinen läßt. Jeder wirkliche Gewerkschaftler soll ja seiner Organisation nicht bloß angehören, er soll nicht nur seine statutenmäßig umgrenzten Pflichten erfüllen, sondern er soll sich seiner Organisation innerlich verbunden fühlen, er soll ihre Kraft nicht bloß zahlenmäßig, sondern auch von der seelisch-geistigen Seite her zu stärken suchen.

Die im Berichtsjahr eingetretene Verschärfung der Wirtschaftskrise hat dem Kassenericht der Hauptverwaltung unverkennbar ihren Stempel aufgedrückt. Nachstehend seien einige Angaben aus diesem Bericht und dem statistischen Teil des Jahresberichts über 1931 hier aufgeführt: Die Beitragswochen gingen von 3 841 288 im Jahre 1931 um 513 335 auf 3 327 953 im Berichtsjahr zurück. Die Beitragsentnahme betrug: Ordentliche Beiträge 7 243 026 M., Extrabeiträge 2 220 737 M., zusammen 9 463 763 M. Demgegenüber stand eine Ausgabe allein für Unterstellungen von 10 341 960 M. Die Rückvergütungen an die Gaue (einschließlich Befruchtungsabteilung), woraus u. a. auch die Verwaltungsstellen befruchtet werden, waren 1 45 077 M. = 15 Proz. niedriger als 1930. Diese Senkung hat sich 1932 erheblich fortgesetzt, und zwar von 213 239 M. im Quartalsdurchschnitt 1931 auf 141 834 M. im ersten Quartal 1932. Die Ausgaben für das „Korrespondent“-Obligatorium gingen um 25 581 M. zurück. Auch in der Hauptverwaltung weisen die meisten Ausgabeposten Senkungen auf. Wenn sie in ihrer Gesamtheit trotzdem höher sind als im Vorjahr, so liegt das daran, daß den fast sechs Monate

lang ausgesperrten norwegischen Kollegen unsere Solidarität mit 101 500 M. belundet wurde auf Grund der Satzungen des Internationalen Buchdruckersekretariats. Beträchtliche Summen erforderten außerdem die Beiträge zur Erhaltung der für die Allgemeinheit der Gewerkschaften geschaffenen Einrichtungen. Die persönlichen Verwaltungskosten erhöhten sich um 4135 M., weil im Berichtsjahr in der Hauptverwaltung eine alle 10 Jahre wiederkehrende Arbeit zu erledigen war und in der Hauptsache dadurch drei bis dahin arbeitslose Kollegen zusammen 30 Monate aus Hilfsweise beschäftigt werden mußten. Daß aber gerade auch auf diesem Gebiet auf Einsparung gehalten wird, beweist die Tatsache, daß für persönliche Verwaltungskosten in der Hauptverwaltung im Quartalsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1931/32 21 370 M., im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres dagegen nur noch 16 665 M. ausgegeben wurden.

Aus dem Studium des Tabellenwerkes des Kassensberichts vermag jedes Mitglied deutlich zu erkennen, was mit den Verbandsbeiträgen geschieht. Die Gesamtausgaben überstiegen die Einnahmen um 1954 543 M., welcher Betrag wiederum aus dem Verbandsvermögen zugelegt wurde. 23,6 Millionen sind vom Verband der Deutschen Buchdrucker aus seiner Hauptkasse und den Kassen seiner Untervereine in den beiden Krisenjahren 1930 und 1931 allein für Unterstützungszwecke aufgebracht worden für die Opfer der Wirtschaftskrise und sonstige Hilfsbedürftige. Diese gewaltige Summe (fast eine Million jeden Monat), aufgebracht von Arbeitern für ihre notleidenden Schicksalsgenossen, bildet nicht bloß einen erschütternden Beweis für die Not und das Elend der beiden Krisenjahre, sondern auch ein erhebendes Zeugnis für den gewerkschaftlichen Geist der Mitglieder unseres Verbandes und für die vorbildliche Erfüllung ihrer solidarischen Ehrenpflicht. Eine Gemeinschaft, die ein so hohes Maß sittlicher Kraft in sich birgt, wird auch diese Notzeit überwinden. (Schluß folgt.)

Gewaltstreik der Reichsregierung gegen Preußen

Angeichts der neusten politischen Ereignisse in Berlin hat man das Gefühl, als ob eine Renaissade des Kapp-Zustandes in Vorbereitung wäre, und zwar unter Umständen und Zeitverhältnissen, die weit günstiger sind für die nationalpolitischen Drahtzieher als im Jahre 1920. Seit Mittwochnachmittag überfließen sich förmlich die politischen Vorgänge; so schnell, daß eine Nachricht die andre überholte, eine Senfation die andre.

Die verfassungsmäßige preussische Regierung ist von der Papen-Regierung unter Billigung des Reichspräsidenten für abgesetzt erklärt worden, und die bisherigen Träger der Regierung und der Polizeigewalt in der Reichshauptstadt wurden mit Gewalt, durch zeitweilige Verhaftung, von ihren Ämtern entfernt, weil angeblich ihre Amtsführung keine Gewähr mehr für Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden in Preußen biete. Das sagte dieselbe Reichsregierung, die infolge der Reichstagsauflösung und der Aufhebung des Uniformverbots in erster Linie mitverantwortlich ist für die tiefstehenden politischen Zustände, die sich tagtäglich, bald hier, bald dort ereignen. Aber Berlin und der Provinz Brandenburg lastet gegenwärtig der dumpfe Druck des militärischen Belagerungszustandes. Ein Generalleutnant hat die vollziehende Gewalt. Die Freiheit der Person, die Unantastbarkeit des Hauses und des Eigentums, alles hat in Berlin-Brandenburg mit einem einzigen brutalen Schlag aufgehört zu existieren.

Auf Vorschlag der Reichsregierung hat der Reichspräsident am 20. Juli folgende Verordnung gegen die preussische Staatsregierung erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1. Für die Geltungsbauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andre Personen als Kommissare des Landes mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereiches alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Damit wurde in Preußen die sogenannte Reichsregulativ eingeführt. Die Regierung der Herren von Papen, von Gahl und von Schleicher haben über Preußen einen Gouverneur-Kommandanten eingesetzt, zu deutsch: Reichskommissar! Herr von Papen hat sich selbst dieses Amt vorbehalten lassen und sich sofort einen Stellvertreter genommen, den Oberbürgermeister Bracht aus Essen, der die gleiche

An die deutsche Arbeitnehmerchaft!

Die neusten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerchaft, am 31. Juli geben.

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Recht Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund. Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Beamtenbund.

politische Karriere durchlaufen und die gleiche politische Frontstellung bezogen hat!

Und warum all dies? In ihrem Aufruf sagt die Reichsregierung: um die Ruhe und Ordnung im Staat aufrecht zu erhalten. Also muß etwas faul sein im Staate. Und es scheint uns so! Denn als Herr von Papen, unter einer Verbeugung, die Aufforderung an Seevering richtete, den Platz zu räumen und Seevering das historische Wort sprach: „Nur mit Gewalt!“, da meinte der Reichstanzler: „Die Staatsraison erfordert, daß Sie gehen!“. „Also doch politische Gründe“, nagelte Seevering fest.

Besser als alle Kommentare und Rundfunkreden erschließt dieses kleine Frage- und Antwortspiel die wahren Ursachen und Gründe aller Ereignisse der letzten 24 Stunden. In Aktion gab es am Sonntag Tote, in Berlin und der Provinz Brandenburg mußten dafür die Lebenden büßen! Der Reichskommissar für ein- und zwei-Stunden-Ordnung war, provoziert durch die aus ganz Schleswig und andern Gebieten zusammengetriebenen SA., deshalb mußte die in Berlin nicht gestörte Ordnung, „wiederhergestellt“ werden! Deshalb wird ganz Preußen unter Kuratel gestellt, deshalb wird ein großer Teil der Bevölkerung des zwei Drittel des Reichsgebiets umfassenden Staates Preußen in die allerschwerste Erregung versetzt, deshalb wird Unruhe und Bestürzung in das vollkommen ruhige und nichtsahnende Süddeutschland getragen! Wahrscheinlich, uns scheint, als wären alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Die Reichsregierung hätte klüger getan, sich eine Begründung zu ihrer Aktion zu ersparen. Sie überzeugt niemand, und es wäre besser gewesen, Herr von Papen hätte gesagt: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Was ich tue, ist vereinbart und entspricht den Wünschen derer, die mich zwar unter den Linden nicht offen grüßen, die aber sehr wohl wissen, wo ich zu Hause bin.

Neuen äußerlich Opposition mitemben, im stillen aber um so fester mit der gegenwärtigen Regierung verbündeten Herren der Braunen Häuser ist bisher jeder ausgesetzte Wechsel eingestiftet worden. Auflösung des Reichstags, Aufhebung des SA.- und des Uniformverbots, und jetzt das dritte Aktzept: Preußen! Damit ist das lang-ersehnte Ziel der deutschen Reaktion erreicht, das Junker und Schwerindustrie, was Hugenberg und Hitler als unabänderliches Ziel seit Jahr und Tag gemeinsam verflücht haben. In den Zeiten schwerster materieller Not und tiefster Verwirrung und Trübung haben Reaktion und Konterrevolution ihren Streich gegen Preußen geführt. Die gesamte Arbeitnehmerchaft und alle überzeugten Republikaner werden diesem Streich mutig zu begegnen wissen. Sie werden sich weder das Gesicht des Handbells, noch den Zeitpunkt der Abrechnung vorschreiben lassen. Bereit sein aber ist alles!

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht?

Die politische Reaktion in Deutschland bereitet entscheidende Schritte auf verschiedenen Gebieten vor. In einer Verordnung vom 18. Juli ist der freiwillige Arbeitsdienst in der neuen Fassung dem deutschen Volk verordnet worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syz u. v. Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Diese beabsichtigen, durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht zu verwandeln und aus dieser neuen Institution eine Justiz- und Disziplinanstalt zu machen.

Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und dem jungen Deutschen die Gelegenheit geben, „zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienst freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen“. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen gemeinnützig und zusätzlich sein. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften und Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die Träger des Dienstes sollen Vereinigungen sein, die sich für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitslohnes.

Wenn man es so hört, möchte es leidlich scheinen! Aber die Adelsregierung hat dieser Verordnung eine Erklärung beigegeben, in der sie ausführt, daß diese Einrichtung weither ausgebaut werden soll, worauf es wörtlich heißt: „Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten.“

Hier liegt der Haken im Pfeffer. Die Arbeitsdienstpflicht scheint das Ziel dieser Regierung zu sein. Wenn sie beim freiwilligen Arbeitsdienst verbleiben würde, dann wäre unseres Erachtens ein Gutachten über die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht nicht notwendig. Es ist also ernste Gefahr im Verzug. Diesen Bestrebungen mit allen Mitteln sich entgegenzustellen, ist Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse. Was in diesen Tagen verfaunt wird, ist niemals wieder gut zu machen. Am 31. Juli entscheidet das stimmberichtigte Volk auch darüber, ob die deutsche Jugend hinfür in einer Justizanstalt, Arbeitsdienstpflicht genannt, von raschschichtigen Elementen geschunden und getreten werden soll.

Können Barone und Hitler den Kapitalismus retten?

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland für etwa 75 Milliarden Mark Güter produziert, ohne daß damit die vorhandene Produktionskraft voll ausgenutzt worden wäre. Nach der gegebenen Leistungsfähigkeit wäre auch eine Erzeugung von 80 oder 90 Milliarden sehr wohl möglich gewesen. In der Gegenwart ist die Jahresleistung der deutschen Volkswirtschaft auf nicht viel mehr als 40 Milliarden zusammengeschrunpft. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Preise beträgt der Mengenrückgang mindestens ein Drittel. Warum das? Keine Naturkatastrophe hat uns die Produktionsmöglichkeiten geschnitten, kein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit oder des Arbeitswillens ist die Ursache. Die Sachfaktoren für die Gütererzeugung sind noch im gleichen Umfang vorhanden wie in der Konjunkturzeit. Sind etwa die Menschen zu dem Entschluß gekommen, weniger zu verbrauchen und deswegen die Erzeugung einzuschränken? Ganz im Gegenteil: Alle verweisen und lehnen sich auf gegen die sozialen Nöte, die der Einschrumpungsprozess mit sich bringt.

Warum also wird nicht mehr produziert? Warum haben die Menschen und lassen dennoch die Produktionsmöglichkeiten brachliegen? Weil es ihnen die kapitalistische Wirtschaftsverfassung nicht erlaubt. Weil dieses Wirtschaftssystem vollkommen unfähig und unbrauchbar geworden ist und die Menschen sich noch nicht dazu entschließen können, die Wirtschaft auf anderer Grundlage zu organisieren.

Niemals in der mehr als hundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Wirtschaftens ist der irrsinnige „Mangel an Überfluß“ so sichtbar gewesen als heute. Wie in Deutschland, so in der ganzen Welt. Ein ökonomisches

Massenkerben geht durch alle Volkswirtschaften. Rohstoffe verkommen, Acker veröden, Fabriken zerfallen, Maschinen verrotten und die Menschen irren ergebnislos und verzweifelt auf den Straßen umher. In den Getreideländern läßt man massenhaft das Korn verfaulen oder brennt die Fluren der reifen Frucht einfach ab, das ist nämlich billiger, als erst noch die Ernte zu bergen, um sie dann wegen Abmangels verkommen lassen zu müssen. Die Baumwollorganisationen Amerikas haben angeordnet, daß jede dritte Reife der Baumwollstauden nicht mehr abgeerntet werden soll. In Texas sind die Diktatorn von Regierungstruppen besetzt, die alle Quellen gewaltfam geschlossen halten. Die brasilianische Regierung kürzt viele Millionen Café Kaffee ins Meer oder läßt ihn zu Britteits verarbeiten. Die Kautschukverbände haben einen Pflanzenschildling gezüchtet und in den Plantagen angelegt, um die Gummibäume zum Verderben zu bringen.

Aber alle diese und ähnliche Anschläge gegen den überfließenden Segen der Natur bringen nicht den erhofften Erfolg. Die unverkäuflichen Rohstoffvorräte werden nicht weniger. So viel man die Produktion auch abdrückt, sie bleibt immer noch zu groß, weil der Verbrauch der Völker noch schneller zurückgeht. Mit unerbittlicher Konsequenz arbeitet das System nach den Gesetzen seiner eignen Mechanik. Einschränkung der Produktion heißt Arbeiterentlassungen und Verminderung von Kaufkraft. Verminderung von Kaufkraft heißt Absatzrückgang. Absatzrückgang heißt wiederum neue Produktionsbeschränkung.

Aus diesem höllischen Zirkel findet das System sich nicht mehr heraus und die kapitalistischen Wirtschaftsführer und Staatsmänner stehen völlig rat- und hilflos der beispiellosen Zerstörung gegenüber, die der toll gewordene Kapitalismus anrichtet. Im Zeitraum eines Jahres ist der Weltmarkt auf die Hälfte zusammengesunken. Die einzelnen Staaten vertriehen sich vor dem drohenden Untergang hinter dem eingebildeten Schutz erhöhter Zollmauern, radikaler Einfuhrsperrn und anderer Handelshemmnisse. Obwohl doch jeder weiß, daß damit das allgemeine Unheil nur noch vergrößert wird. In mehr als zwei Duzend Ländern ist die Währungsgrundlage teils zusammengebrochen, teils freiwillig verlassen worden. In andern Ländern wird durch eine Devisenzwangswirtschaft in gleicher Weise der Kreislauf der Weltwirtschaft unterbrochen und Blutleere in der eignen Volkswirtschaft erzeugt. Aber den öffentlichen Kassen nisten die Pleitegeier ebenso wie über den Unternehmungen der Privatwirtschaft.

Das kapitalistische System steckt in einer so verzweifeltsten Klemme, daß die Bedingungen für den Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem niemals so günstig waren als heute. Was vom Standpunkt einer normal funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft aus unmöglich erscheint, einen schnellen Systemwechsel vorzunehmen, ohne den Wirtschaftsertrag zu schmälern, das ist heute angehts der Fülle von brachliegender Produktionskraft kein Problem mehr. Soweit es sich nur um die technische und organisatorische Seite der Aufgabe handelt, wäre es kinderleicht, mit den vorhandenen Geschäftsfaktoren die Gütererzeugung und die allgemeine Versorgung sofort zu vergrößern. Die Frage ist nur, ob die politische Entschlußkraft dafür aufzubringen ist, ob es gelingt, die Politik in diese Richtung zu stoßen.

Die kommende Reichstagswahl soll Ausschluß darüber geben, wie es bei uns mit dieser Ansicht bestellt ist. Die Papen-Regierung der Barone hat sich mit dankenswerter Offenheit bekennt, ihren wirtschaftlichen und sozialen Kurs festzulegen. „Anpassung der Verhältnisse an die Armut der Nation“ heißt die Formel und „Abbau des Wohlfahrtsstaates“. Also nicht die Vergrößerung der Versorgung durch Mobilisierung der produktiven Kräfte, sondern die Anpassung des Lebens an die Schrumpfung der Wirtschaft. Nur um das kapitalistische Wirtschaftssystem, dem sie verhaftet ist, nicht antasteten zu müssen, ist diese Regierung bereit, die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu opfern. Und die Nazis, deren Anhänger und Wähler nach Gregor Straßer von einer „tiefen antikapitalistischen Sehnsucht“

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied.



Hugo Reichenbach in Leipzig
Eingetreten: 15. April 1882 — Jetzt Juvallbe



erfaßt sind, haben ebenso wenig Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt sind, diesen Kurs zu unterstützen.

Frägt sich nur, wie lange die heute noch irreführenden Massen an der Nase herumgeführt werden können, bis sie es merken. Früher oder später dürfte dieser Zeitpunkt kommen, und die kapitalistischen Finanziers der Silberbewegung werden sich sicher noch einmal wundern, daß die Saat, die sie austreuen, ganz anders aufgeht, als sie bis heute dachten.

Ein eignes Gesetz der Geschichte fordert einen andern gesellschaftlichen Aderbau, wenn die ökonomischen Fundamente sich verändern. Kein Zweifel, wir stehen in einer revolutionären Periode ökonomischen Systemwechsels. Die politische Entwicklung unserer Zeit bewegt sich dazu in einem viel zu unnatürlichen Gegenatz, als daß sie Bestand haben könnte. Das kapitalistische System ist dem Untergang geweiht und mit ihm sind es die politischen Mächte, die sich dieser Entwicklung entgegenstemmen wollen. Kurzfristige Tageserfolge können die Geschichte nicht aus ihrer natürlichen Bahn werfen. Unser ist die Zukunft! Und welche Mandatör auch immer die Verteidiger eines sterbenden Systems noch versuchen mögen, sie können höchstens den Ablauf verzögern, aber nicht verhindern. Das ist die Zuversicht, in der sich die sozialistische Arbeitererschaft auch durch vorübergehende politische Bedrückungen nicht irren lassen läßt. Das ist die Zuversicht, mit der sie den Reichstagswahlkampf führt und darüber hinaus für den Einmarsch in die sozialistische Gesellschaftsordnung vorbereitet.

Lausanne und die Weltwirtschaftskrise

Lausanne war ein Erfolg — aber wessen Erfolg? Keineswegs des Herrn Ministerpräsidenten von Papen, der den Lausanner Vertrag mit dem goldenen Feder unterschrieb und mit dem goldenen Siegel versah. Daß in Lausanne die Reparationsfrage erledigt wurde, ist im wesentlichen Faktoren zuzuschreiben, an welchen die gegenwärtige feudale Regierung nicht den geringsten Anteil hatte. Den wichtigsten Anteil an dem Erfolg hatte die Reparationspolitik der Sozialdemokratie in den Schuldner- und Gläubigerländern. Die Erfüllungspolitik trug in Lausanne ihre Früchte. Sie wurde häufig mißverstanden und bekämpft und doch erwies sie sich als die einzig richtige Politik. Ihr Sinn bestand darin, den Versuch zur Erfüllung der Ver-

pflichtungen zu machen, um die Kriegsgefahr zu bannen und die Befehung deutscher Landbestände zu vermeiden. Nütigenfalls sollten auch Auslandskredite zur Erfüllung der Reparationsverpflichtung in Anspruch genommen werden, im Vertrauen darauf, daß die Zeit für die Streichung der Reparationslast, die von der internationalen Sozialdemokratie von Anfang an gefordert wurde, arbeiten wird. Mit der Zeit mußte sich herausstellen, daß Deutschland die ihm zugemuteten Verpflichtungen nicht zu tragen vermog und daß die Zahlung jener Summen nicht nur Deutschland, sondern auch der übrigen Welt nur Schaden bringt, die Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt und das normale Funktionieren der internationalen Kapitalbewegung gefährdet. Die Erfüllungspolitik rechnete damit, daß mit der Zeit die nationalaffektiven Regierungen in den Gläubigerländern von solchen abgelöst werden, auf die die Sozialdemokratie einen wesentlichen Einfluß haben wird. Daß auch die Weltwirtschaftskrise, die einem jeden das Auge über die Schädlichkeit der Reparationszahlungen öffnete, hingekommen, damit hat die Erfüllungspolitik allerdings nicht gerechnet. Ohne die Krise der Weltwirtschaft wäre die endgültige Lösung der Reparationsfrage zweifellos nur in einer späteren Zeit und möglicherweise in einer andern Form erfolgt. Den Anteil der Weltwirtschaftskrise an der Lösung zugegeben, haben die beiden andern Faktoren, einmal die Erfüllungspolitik und die gleichzeitige intensive Propagandaarbeit für die Streichung der Reparationen, die von der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie stets verfolgt wurde, zum andern der Einfluß der bei den letzten Wahlen erlarkten französischen Sozialdemokratie auf die gegenwärtigen französischen Regierung, zum Erfolg von Lausanne wesentlich beigetragen. Man braucht nur an den Ablauf der Lausanner Konferenz zu erinnern. Der Ministerpräsident Herriot verließ sich auf kaum tragbare Reparationsforderungen und wollte zuerst den ganzen ungeschlitzten Teil der Reparationen aufrecht erhalten. Auch später noch stellte er die Forderung nach Zahlung von 8 Milliarden Mark auf. Der Druck seiner Partei, der wesentlich bestimmt wurde durch deren Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie in Frankreich, bewegte dann Herriot, die Reparationsforderung auf 3 Milliarden Mark zu beschränken, die dann von der deutschen Regierung angenommen wurde.

Die Befestigung mit 3 Milliarden Mark ist zwar nicht erfreulich, jedoch keineswegs unerträglich. Eine Zahlung in den ersten drei Jahren kommt überhaupt nicht in Frage. Erst nach drei Jahren können diese 3 Milliarden Mark in Form von Anleihen auf den Kapitalmarkt gebracht und müssen von Deutschland verzinst und getilgt werden, so daß jährlich etwa 180 Mill. M. im Laufe von mehreren Jahrzehnten gezahlt werden müssen, neben andern Verpflichtungen, z. B. aus der Dawes- und der Younganleihe, die aber aus dem Rahmen der Reparationsfrage fallen. Dagegen braucht die infolge des Hoover-Schonjahres gestündelte Jahreszahlung in Höhe von etwa 1800 Mill. M. nicht mehr gezahlt zu werden. Um die Bedeutung der in Lausanne übernommenen Schuldbelastung zu beurteilen, muß man sich die Größenordnungen vor Augen halten, und da kann man folgendes sagen: Das deutsche Volkseinkommen betrug vor der Krise etwa 80 Milliarden Mark. Im laufenden Krisenjahr dürfte es kaum viel mehr als die Hälfte ausmachen. Wenn die Erledigung der Reparationsfrage in Lausanne und die Entspannung, die davon ausging, nicht mehr wären würde, als daß dann dieser Berücksichtigung das deutsche Volkseinkommen gegenüber seinem Tiefstand von heute sich nur um 1 Proz. erhöhen würde, so hätten wir schon das Doppelte davon, was die Verzinsung und die Tilgung der Abschlußzahlung in einem Jahr ausmacht. So gesehen, ist das Opfer, das in Lausanne noch für die Erledigung der Reparationsfrage gebracht wurde, wirklich tragbar.

Es kann freilich keinem Zweifel unterliegen, daß die Lösung in Lausanne nicht schon die Lösung der Weltwirtschaftskrise wäre der Abbau der Weltwirtschaftskrise zwar nicht möglich, ihre Lösung jedoch bedeutet nur einen

Nachdentliches über Jugenderziehung und Jugendpflege

Warum und wozu wir innerhalb unser gewerkschaftlichen Welt eine Jugendorganisation — das, was wir so gemeinhin „Jugendbewegung“ nennen — brauchen, weshalb wir uns als Gewerkschaftler einer pfliglichen Fürsorge an unsrer und um unsrer berufliche Jugend unterziehen und unterziehen müssen, das alles ist eigentlich wohl schon oft genug im „Korr.“ betont und begründet worden. Wozu und wohin es aber führt, wenn wir unsrer berufliche Jugend, ihr Verlangen nach Geseßlichkeit und Geseßschaftlichkeit unberücksichtigt lassen, das besagen auch uns Älteren wieder einmal recht deutlich die nachfolgenden Ausführungen innerhalb eines unter der Überschrift „Radikalisierung der Jugend“ (Suni-Ausgabe des „Jugendbuchdruckers“) an unsrer gewerkschaftlichen Jungmannen gerichteten eindringlichen Appells der Schriftleitung: „Wenn man die Tagungshäfte (der Jugendbewegung) des Jahres nacheinander durchblättert, so berührt es eigenartig, immer die gleichen Bilder zu finden: marschierende, einheitslich gekleidete Jungentruppen in geschlossenen, disziplinierten Reihen. Sie halten die rote Fahne, die Fahne an ihrer Spitze, die einmal die rote Fahne des kommenden sozialistischen Staates ist, oder die roten Kreuzfahnen als Wahrzeichen des kommenden Dritten Reiches; ein andermal das Kreuz katföhrer oder evangelischer Jugendvereine oder die schwarze Fahne des Widerstandes gegen den Versailler Gewaltfrieden. Das Stehen und Marschieren in Reihe und

Glied ist allen Ausdruck ihres stärksten Lebensgefühls, bedeutet allen elementares Erlebnis, wirkt auf alle wie ein Raub.“

Dies die eine Seite eines uns allen vertrauten Bildes. Die andre: „jungenshafte Freude an Lärm und Theater und der Glaube an die Abergzeugungskraft des Rowdytums und des Massenaufzuges.“

Auf dieser Basis beruht und aus ihr heraus entwickelt sich jener fragwürdige Kampfsgeist, der kein Verständnis für die Geseße organisatorischer Handlungen aufzubringen vermog, jener Ungeist, der auch in unsrer beruflichen Welt immer mehr und mehr Fuß faßen muß, wenn wir es erlauben, der Vorkultivierung und Abergorganisation, der Mobilisierung und Militarisierung unsrer beruflichen Jugend gleichbewußt entgegenzuarbeiten.

Wer aber diese Worte als Gegnerschaft straffer Jugenddisziplin, gesellschaftlicher Zucht und Ordnung, als Verleugnung sozialistischer Kampfesbeize bezeichnet, der verkennt die natürlichen Grenzen unsrer gewerkschaftlichen „Schulmeister“. Die Erziehungsfrage unsrer gewerkschaftlichen Jugendleiter heißt nicht „militarisieren“, sondern „familiarisieren“.

„Wir brauchen keine Schulmeister“ — „der Lehrstuhlsleiter als Erzieher soll kein Schulmeister sein“ —, diese und andre sind Forderungen, mit denen wohl alle jene einmal Bekanntheit gemacht haben, die, sei es als Leiter einer Ortsgruppe unsrer Lehrstuhlsabteilung oder — wie Schreiber dieser Zeilen — aus persönlicher Neigung an den Aufgaben und Zielen unsrer gewerkschaftlichen

Jugendpflege Anteil haben und nehmen. Wenn hier einmal nebenbei kurz zu dieser Angelegenheit Stellung genommen wird, so geschieht dies nicht in der Absicht einer Auseinandersetzung mit jugendlichen Wortführern und deren Anwäfen, sondern eben weil für unsre berufliche Bildungsarbeit die Begriffe Schule und Meister nicht ohne Bedeutung sind. Wir fordern innerhalb unsrer gewerkschaftlichen Jugendpflege von der Persönlichkeit des Lehrstuhlsleiters als das Primäre eine gewisse meisterliche Beherrschung unsres Berufs, daneben soll er aber auch seine Jünger als Gewerkschaftler schulen und, über dies alles hinaus, an den Idealen seiner Pflegebefohlenen gedanklichen und an ihrer Bewegung tätigen Anteil nehmen. Das alles verlangt unsre gewerkschaftliche Bildungs- und Erziehungsarbeit von der Persönlichkeit jener ideal gesinnten Kollegen, die sich in den Dienst der Jugend und unsrer Sache stellen, und das dürfte wahrlich fast mehr sein als ein einzelner zu leisten vermog.

Wenden wir uns nach dieser kleinen Abschweifung, in der einmal auf Dinge und Taten eingegangen wurde, an denen ein großer Teil der Kollegenschaft — gewiß absichtslos — vorbeisieht, wieder der Sache selbst, unsrer gewerkschaftlichen Jugenderziehung, zu, so kann man mit Zug und Recht sagen: Gewerkschaftliche Erziehungsarbeit bedeutet Jugendpflege und gesellschaftsgebende Arbeit letzten im Geiste des Pioniers zeitgenössischer Pädagogik, Rousseau.

Wir fanden und finden auch heute noch im Führertum der Kur-Jugendorganisation und -bewegung (Jugendgesellschaft als Geseßschaftlichkeit) oft bewußte und un-

Ausprache über manche technische Fragen auslöste. Hauptsächlich entspricht der Besuch der Versammlungen im zweiten Halbjahr mehr den gestiegenen Erwartungen. Die stämmigen Kollegen mögen sich der Schwere der Zeit bewußt werden und den Weg zur Spartenversammlung finden.

Tr. Köhn. (Maschinensetzer.) Unsere zweite diesjährige G a u p e r s i n n g s v e r s a m l u n g am 26. Juni in Dortmund wurde mit herzlichem Worten der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen S t r a h m a n n, eröffnet, der den guten Besuch hervorhob. Der Dortmunder Kollegengangsverein „Typographia“ sang den Chor „Lord Soloson“ und, durch lebhaften Beifall angeregt, noch eine Zugabe. Darauf wurde die Versammlung vom Kollegen R ö s s l e im Namen des Bezirksvereins des Verbandes und vom Kollegen B a a d e r im Namen des Bezirksvereins der Maschinensetzer begrüßt. Der Vorsitzende dankte allen und ehrte in üblicher Weise das Abschieden der Kollegen Friedrich Scholl (Köln) und Wilhelm Dermiehl (Wohsum). Aufgenommen wurden vier, wieder aufgenommen ein Kollege. Der Kasernenbericht lag gedruckt vor und wies eine Einnahme von 1273 M., eine Ausgabe von 1488 M. und einen Kasernenbestand von 1354 M. auf. Der beantragten Entlastung des Kasierers kam die Versammlung einstimmig nach. Man hielt der zweite Gauvorsitzer, Kollege F e t t e, einen Vortrag über das aktuelle Thema „Wir und die Zeitprobleme“. Er verhandelt durch seine Ausführungen die Zustimmung und das Einverständnis der Versammlung in dem Maße zu finden, daß auf Antrag von einer Ausprache abgesehen wurde. Zum Punkt „Tarifliches — Organisationsliches“ gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf die Geschichte seit der letzten Versammlung im Februar und gab zu verstehen, daß die Maschinensetzer sich in Zukunft energischer durchsetzen müßten, wollten sie bei kommenden Manövern überleben nicht unter den Schlitzen kommen. In diesem Sinn verließ auch die Ausprache. Unser Punkt „Beschwerden“ wurde als nächster Tagungsgegenstand bestimmt. Dann konnte der Vorsitzende die sachlich und ruhig verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf Verband und Sparte schließen.

Wainz. In der Bezirksversammlung am 25. Juni wurde das Anbieten eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Drei Mitglieder mußten auf Grund des § 10 wegen Keßens ausgeschlossen werden. Es folgte die Ehrung von zwei Jubilaren, und zwar der Kollege Adam L a u r i o l l e und Valentin O t t e r anlässlich ihrer 50jährigen Verbandsmittelschicht. Der Bezirksvorsitzende W e r t h würdigte die Verdienste der beiden Jubilare und hob ihre Kollegialität, ihren Opferinn und ihre Treue zur Organisation hervor. Er appellierte an die jüngeren Kollegen, besonders in dieser schweren Zeit der Organisation die Treue zu bewahren und den beiden Jubilaren nachzueifern. Das übliche Geschenk wurde überreicht. Namens der Druckervereinigung überreichte Kollege Kreiner ebenfalls ein kleines Angebinde. Unter den Gratulanten befand sich auch der heftige Staatspräsident Kollege Dr. W e l d e n, der in einem besonders herzlich gehaltenen Glückwunschschreiben den beiden Jubilaren gratulierte und ihnen einen ruhigen, sorglosen Lebensabend wünschte. Das Gelangenschafts „Gutenabend“ eröffnete und beschloß die Feier mit den üblichen Vorträgen. Einem Gauvorsitzenden nach dem Gauvorsitzenden für den vorherigen ordentlichen Gauvorsitzenden in Mannheim gewähltem.

Keutlingen. In unserm, in beschleunigtem Rahmen abgehaltenen V o h a n n i s f e s t verankerten sich die hiesigen Kollegen am 25. Juni im „Gewerkschaftshaus“. Verbunden hiermit war auch die Ehrung von vier Jubilaren, welche auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten. Nachdem unsre kleine „Stadtpfanne“ einige Musikstücke zu Gehör gebracht hatte, bot Kollege S e i n den Verammelten herzlichsten Willkommen. Er betonte den Ernst der Zeit, der nicht dazu angetan sei, große Feste zu feiern; doch sei es Widerwille, sich von allem zurückzuziehen. Eine kleine Feier wie die heutige verbinde die Kollegen wieder aufs neue und macht uns für einige Stunden frei von den Sorgen des Alltags. Zu der Ehrung unserer Jubilare führte er aus, daß die Kollegen K u f f (Mehlingen), S c h l o t t e r b e d, S c h r ö f f e l und H u b e r (Keutlingen) in diesem Jahr auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken können. Er erinnerte an die Zeit der Anfänge unseres Verbandes, in welcher für den einzelnen eine gewisse wirtschaftliche und politische Gefahr darin lag, einer freigezwecklichen Organisation anzugehören. Doch allen Anstößen der Reaktion zum Trotz sei der Verband heute das geworden, was er ist: ein wirtschaftlicher Faktor, durch welchen die Kollegen durch festes Zusammenstehen und Solidaritätsgesinnung sich Rechte erkämpfen, die der einzelne niemals erreichen hätte. Auch heute wieder befinden wir uns in einer Zeit, in welcher unser Verband schweren Angriffen von rechts und links ausgesetzt ist. Diesen Angriffen energigegen Widerstand zu leisten, zu zeigen, daß man ein wirklicher Freigezwecklicher ist, darauf kommt es heute an. Er richtete vor allem an die jungen Kollegen die Mahnung, sich an den Jubilaren ein Beispiel zu nehmen, denn die Jugend ist dazu berufen, das Werk der Alten fortzusetzen im Sinne unseres heutigen Wahlspruchs: Freiheit! Er überreichte jedem Jubilare mit besonderem Dank für ihre langjährige Verbandstätigkeit ein kleines Naturgeschenk und beschloß seine Ansprache mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in welchem die Anwesenden begeistert einstimmten. Von den Jubilaren nahm Kollege K u f f (Mehlingen) das Wort, um für die erwiesene Ehrung im Namen der Jubilare herzlichen Dank zu danken. Besonders erfreulich war es, daß gerade Kollege Kuff sich in begeisterten Worten für den Verband einsetzte und die Jungen wie die Alten ermahnte, dem Verband in schwerer Zeit doppelt Treue zu halten, denn er sei die Stütze und Kraft jedes Kollegen. Bei froher Stimmung, zu welcher außer unsrer großartigen Musik auch einige Lautenlieder und mehrere Gedichte in schwäbischer Mundart, von verschiedenen Kollegen vorgetragen, beizutragen, entwichen schnell die Stunden. Selbstverständlich wurden die anwesenden arbeitslosen Kollegen mit einer Extraausprache bedacht.

Stettin. (H a n d s e t z e r.) In unsrer V e r s a m l u n g am 10. Juni machte der Vorsitzende von einigen in letzter Zeit von der Zentralkommission eingegangenen Schreiben Mitteilung. Einem Schreiben, welches der Vorstand hier am Ort zirkulieren ließ, um das Interesse der Erwerbslosen zu unsrer Sparte festzustellen, sind sehr wenige Kollegen

nachgekommen. Der Ausflug der hiesigen Arbeitsgemeinschaft am 5. Juni nach der Schmetterlingsmühle ist zur Zufriedenheit aller Teilnehmer vorstatten gegangen. Die Zentralkommission stellt für das laufende Jahr eine größere Unterbetätigung für die Handwerkerbewegung in Aussicht. Dem Kassierer wurde nach Erstattung des Berichts über die Driss- und Gausätze Entlastung erteilt. Dann nahm zu dem Thema „Allgemeine Handwerkerfragen“ Kollege B o l d das Wort. Er führte aus, daß bei Einführung der Sechsmaschine 70 Proz. der Verbandsmittglieder als Handwerker beschäftigt waren und daß die Handwerker immer mehr und mehr von der Maschine verdrängt worden sind, da es die Unternehmer verstanden haben, die Maschine bis auf äußerste auszunutzen. Deshalb müssen wir uns noch mehr wie bisher zusammenschließen, denn in den meisten Fällen wird alles auf den Handwerker abgewälzt. Er wies ferner darauf hin, daß wir kurz nach Gründung unsrer Vereinigung 175 Mitglieder zählten, er erluchte die Mitglieder, dafür zu wirken, daß wir wieder dahin kommen, wo wir angefangen haben. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß jeder zur Stelle sein möge, wenn Verband oder Sparte ihn rufen.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den A r b e i t s l o s e n a n d e n d e Juni 1 1 9 3 2 (herausgegeben am 15. Juli) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Kurzarbeiter am Ende des Monats	
	Juni 1931	Juni 1932	Juni 1931	Juni 1932
Buchdrucker	23,7	35,7	4,0	14,3
Lithographen u. Steinbrucker	23,0	44,8	13,0	20,3
Graphische Hilfsarbeiter	28,8	35,1	9,0	16,5
Buchbinder	28,2	44,4	27,6	29,3

Wieder Nazisturm auf ein Gewerkschaftshaus. Anlässlich eines SA-Aufmarsches in Reine, wozu auch berichtigte SA aus Braunshweig geholt wurde, verlusten die Nazis in der Nacht vom Sonntag zum Montag mit 350 Mann das Gewerkschaftshaus zu fällen. Etwa 20 Schüsse wurden abgegeben. Nach erbittertem Ringen wurde der Nazisturm von dem Reichsbanner abgelenkt. Die Polizei machte der wütenden Schlägerei ein Ende. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung bei der SA förderte zahlreiche Waffen, Messer, Revolver, Totschüsseln und andere Dinge zutage. Zahlreiche Reichsbannerkameraden wurden verhaftet, auch drei SA-Leute schwer. — Zu Zwidaun verluste in der Nacht zum Sonntag gegen 23 Uhr ein Trupp SS in Stärke von etwa 80 Mann das Gebäude des „Vollschlusses“ zu fällen. Sie irrten sich aber in der Eingangsflur und verlusten, die „A. U.“, ein „Rechenhaus“, ein „A. U.“. Als der Führer den Irrtum bemerkte, gab er Befehl zum Rückzug. Nach diesem Rückzug wurde der Versuch unternommen, die SS-Banden einige Reichsbannerleute. Gegen 1 1/2 Uhr suchten die „Helden“ auf Lastkraftwagen von Zwidaun ab.

Neuordnung des Arbeitsdienstes. Die Reichsregierung hat in einer Verordnung vom 16. Juli den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Nach ihrem Inhalt müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zuzufällig sein; sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperchaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, sich das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstmittglieder eignen. Die Arbeitsdienstmittglieder genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsbuches. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht. Am ehesten möglich einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitgestellten Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefasst und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Zum Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Spruy, bestimmt worden. Ein neuer Beförderungsausschuss wird nicht geschaffen. Welseher stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die demnächst erseheint. Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung die folgende Erklärung: „Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungs- und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfordernisse weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen für die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflcht zu erlassen. Das Gutachten wird der Öffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.“

Grund des § 2 der Zweiten Verordnung der Reichspräsidenten gegen politische Ausreitungen vom 28. Juni 1932 („Reichsgesetzblatt“ I S. 339) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet: § 1. (1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten. (2) Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in sofortigen, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 („Reichsgesetzblatt“ I S. 339) Anwendung. § 2. (1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft: 1. wer unter Zwangsverhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; 2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt. (2) Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzug, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt. § 3. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. — Die angeführte Berliner „Völkische Zeitung“ sagt zu dem Kundzug der Regierung der Nazibarone: „Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Die neue Ara“ mit ihrer Begünstigung des politischen Kraftmeutens und ihrer Entseelung unterweltlicher Politik hat die Folgen gezeigt, die vorherzusehen waren. Seit dem 14. Juni ist Deutschland nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Verordnung, die außer der Unterchrift des Reichspräsidenten die Unterchriften sämtlicher Mitglieder der Reichsregierung trägt, hat sich als eine Unglücksverurteilung erwiesen. Erst gab es den Konflikt mit den Bänden und seitdem ist das öffentliche Leben in Deutschland so von Blut besetzt, wie nie vorher. ... So unglücklich es Klingt, so hat es doch tatsächlich heute gegeben, welche diese blutige Entwicklung doch wohl nicht ganz ungenug haben. Sie spekulierten darauf, daß das Zerschlagen der Unruhe die Verhängung des Ausnahmezustandes mit sich bringen würde. Und von diesem Ausnahmezustand erhofften sie freie Bahn für ihre Machtpolitik. Es ist hier mehr als einmal bargelegt worden, daß der Ausnahmezustand nicht die Zauberkraft hat, der Unruhe ein Ende zu setzen. ... Wir verneinen nicht, daß die Reichsregierung durch die Abereinkünfte mit den Nationalsozialisten, denen sie ihre Entstehung mit verdankt, in einer schwierigen Lage ist.“

Die Gelsen wittern Morgenluft. Vor einigen Tagen fanden in einem pommerischen Kreis Landarbeiterhandlungen zwischen Vertretern des Pommerischen Landbundes und dem Deutschen Landarbeiterverband statt. Der Sprecher der Arbeitgeber der Landbundsleiter von Dersgen, lehnte jeden Tarifabschluß aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Er sagte auch unter andern, daß der Abschluß eines Tarifvertrags mit den Gewerkschaften nicht mehr notwendig sei. Denn nachdem die Verhandlungen in Kaufnahme zu Ende seien, würden sie schon bei der neuen Regierung vorstellig werden. Die neue Regierung würde dann die Arbeitnehmergeuppe des Pommerischen Landbundes als eine tariffähige Organisation anerkennen. Die Tarifverträge, die die Arbeitnehmergeuppe mit der Arbeitnehmergeuppe abgeschlossen hätte, würden dann für alle gemeinverbindlich erklärt, so daß ein Tarifabschluß mit den Gewerkschaften nicht mehr notwendig sei. Die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes haben Herrn von Dersgen darüber nicht im Zweifel gelassen, daß es manchmal anders kommt als man denkt.

Die Pringenpartei. Der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei Adolf Hitlers gehören als Mitglieder oder Freunde folgende Schwerstarbeiter an: Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Prinz August Wilhelm von Preußen, Herzog Eward von Koburg, Prinz Friedrich von Schaumburg-Lippe, Prinz Friedrich von Waldeck, Prinz Arenberg, Prinz Franz von Thurn und Taxis, Prinzessin von Meiningen, Prinzessin Reuß, Erbprinz Leopold von Koburg, Prinz Alexander von Preußen, Fürst Starhemberg, Fürst Eulenburg-Liebenberg, Graf zu Reventlow, Graf Schwerin, Graf Sprei, Graf Hellborn, Graf Solms-Laubach, Graf von Kleist, Graf de Mollat, Graf Eardt, Graf Reichard, Freiherr von Ely-Rübenach, Freiherr von Wangenheim, Freiherr von der Goltz, Freiherr von Butlar, Großgrundbesitzer von Heindorf, Großgrundbesitzer von Corswanten-Cunow, General von Ahmann, General von Riebert, General Ritter von Epp, General Freiherr von Geisingen, Oberst Stierl, Oberst Hofelmann. In vergangenen Reichstag waren die Nationalsozialisten mit 107 Abgeordneten vertreten, davon waren 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute, 31 höhere und mittlere Beamte, 10 Anwälte, Ärzte und freie Berufe, 9 pensionierte Offiziere, 8 Angestellte und nur 7 Arbeiter. Im neugewählten hayerischen Landtag sitzen 43 nationalsozialistische Abgeordnete. Ein einziger davon ist Arbeiter; auch das neugewählte oberrheinische Parlament hat unter 19 nationalsozialistischen Abgeordneten nur einen Arbeiter aufzuweisen. Rein Unbau, das „Arbeiter“-Partei die wiedererlaubte Kaffaolore wichtiger ist als die Unterstützung der Arbeitslosen und als die Renten der Kriegsoffer, deren Kürzung durch die letzte Notverordnung sie insofern ihrer Tolerierungspolitik ermöglicht.

Ein Nazistatist gesteht die Tolerierung der Barone. Die nazistischen Blätter liegen beinahe täglich, ihre Partei habe mit der Regierung Bapen „nichts zu tun“. Was davon zu halten ist, erfahren wir täglich von den Kronzeugen der NSDAP. Das „Samburger Tageblatt“, gaunantliches Organ der Samburger NSDAP, gesteht in seiner Nr. 168: „Dabei sieht selbst ein Arbeiter, was es mit dieser Tolerierung durch die NSDAP auf sich hat. Warum sollen wir nicht tolerieren? Wissen wir doch, daß wir die Herren von morgen sein werden! Stiller verdient nicht mehr Führer der Bewegung zu sein, würde er so kurz vor dem Ziel zu einem offiziellen Staatsrat ansehen. Dadurch, daß wir dieser Regierung sachlich gegenübergetreten sind, haben wir erreicht, was noch bis vor Wochen fast unsichtlos schien: erstens Wiederherstellung der SA, und zweitens vor allem die Reichstagsauflösung. Was man aus durchsichtigen Gründen noch so sehr gefehlt: wir wissen ganz genau, warum wir die von Papen-Regierung im Augenblick nicht stützen. Wir verfolgen unsere eignen Pläne.“ Werden jetzt die Nazistätter den Pakt Bapen-

Sittler noch immer zu feigen Versuchen? — In einer Versammlung in Zwickau erklärte Reichstagspräsident Brüderer, er habe aus dem Mund des höchsten Beamten der deutschen Republik bestätigt bekommen, daß die Führung der Nazis ausdrücklich versprochen habe, die Papen-Regierung zu isolieren. Deshalb sei es Aufgabe jedes Republikaners, immer wieder von neuem die Isolierung der Nazis festzustellen und die ganze Zudspartei aus der Kammer nicht herauszulassen, in die sie sich selbst begeben habe.

Gerichtsferien. In der Zeit vom 15. Juli bis 15. September einschließlich sind Gerichtsferien. Das bedeutet, daß in dieser Zeit im allgemeinen weder Termine abgehalten, noch Entscheidungen getroffen werden. Es gibt jedoch einige Ausnahmen für Sachen dringlicher Natur, die als Ferien-sachen bezeichnet werden. Als Ferien-sachen gelten: Strafsachen, Arrestsachen und die eine einseitige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Maßsachen, Streitigkeiten zwischen dem Vermieter und dem Mieter oder dem Untermieter von Wohnräumen oder anderen Räumen oder dem Untermieter solcher Räume wegen Aberkennung, Benutzung oder Räumung sowie wegen Zurückzahlung der von dem Mieter oder dem Untermieter in die Mietsräume eingebrachten Sachen, Ansprüche aus dem außergerichtlichen Beschluß, Wechseln, Regreßansprüche aus einem Scheid-, Kaufsachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues getritten wird. Auch auf das Kostenselbstverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß. Dasselbe gilt für das arbeitsgerichtliche Verfahren. Es können aber auch auf Antrag einer Partei alle andern Sachen während der Gerichtsferien zur Verhandlung kommen, soweit sie einer besonderen Befehlsmäßigkeit bedürfen.

Reform im Kleinschreiben. Einen neuen Reform im Kleinschreiben hat neuerdings ein Spandauer Schriftsetzer, Johannes Harhoff, aufgestellt. Er hat ohne Zuzugnahme der Lupe 10 111 Worte auf eine Postkarte im Reichtformat niedergeschrieben, welche Arbeit er in 17 Stunden vollbrachte. Den Reform hielt bisher ein Spanier mit 9000 Worten. Vorher hatte der Spandauer Schriftsetzer 8442 Worte auf eine Postkarte gebracht, nachdem ein Spandauer Ledner 8070 erreicht hatte. Vor einigen Tagen wurde der Redaktion eine Postkarte gezeigt, auf die das vollständige Reichtformat niedergeschrieben war.

Internationale Arbeitslosigkeit. Die aus den verschiedenen Ländern vorliegenden Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit, die meistens auf die Monate April und Mai Bezug haben, ergeben fast überall das gleiche Bild: die übliche saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes hat sich in diesem Jahr nur wenig bemerkbar gemacht. Die Arbeitslosenziffern haben gegenüber den unmittelbar vorhergehenden Monaten — wenn überhaupt — nur wenig abgenommen. Wenn viele Länder eine verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenziffer aufweisen, dann nur aus dem Grund, weil die Arbeitslosen wegen der bestehenden mangelhaften Arbeitslosenfürsorge kein Interesse daran haben, sich bei den Arbeitsämtern eintragen zu lassen oder aber weil in diesen Ländern die industrielle Entwicklung noch wenig vorgeschritten ist, so daß die Arbeitslosen in andern Formen als hohe Arbeitslosenziffern in Erscheinung treten. Die Arbeitslosenziffern zeigen, daß in den Ländern, die ihre Währung vom Gold gelöst haben, keine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeigeführt worden ist, da diese Maßnahme automatisch entsprechende Gegenmaßnahmen von Seiten der andern Länder auslöst hat. Das von der Arbeitslosigkeit am wenigsten betroffene Land ist immer noch Frankreich, das eine im Verhältnis zu seiner Größe geradezu erstaunlich niedrige Arbeitslosenziffer aufweist.

Die Bestrebungen der holländischen Gewerkschaften auf dem Gebiet des Bildungswesens. Ein großer Teil der Bestrebungen des diesjährigen holländischen Gewerkschaftskongresses war der Jugend- und Erziehungsfrage gewidmet, die in Holland, wo es eine intensive Binnen-schiffahrt — Problem der Erziehung der Schiffarbeiter! — sowie eine ausgedehnte Landwirtschaft gibt, eine große Rolle spielt. Laut Angaben des Referenten zu diesem Punkt, Cort van der Linden, soll es heute in Holland etwa 200 000 Kinder zwischen 14 und 18 Jahren geben, die keinerlei Fortbildungs- oder Fachunterricht genießen. Es wird gefordert: obligatorischer Elementarunterricht während mindestens 9 Jahren, obligatorischer Fachunterricht bis zur Vollendung des 13. Lebensjahres. Der Fachunterricht muß in den Arbeitsstunden (insgesamt nicht mehr als 48 Stunden) erteilt werden, den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter muß das Recht eingeräumt werden, in der Verwaltung der Fachschulen stimmberechtigte Vertreter abzuordnen. Was die Frage betrifft, ob rein staatlicher Fachunterricht verlangt werden muß oder auch private Fachschulen zugelassen werden sollen, die vom Staat unterstützt werden, so wurde dem Prinzip zugestimmt, daß dem staatlichen Unterrichtswesen der Vorzug gegeben werden soll, „in bestimmten Fällen“ jedoch auch privater Unterricht unter Beteiligung der Gewerkschaften zugelassen werden

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.
Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

soff. Dies bedeutet, daß sich die holländischen Gewerkschaften alle Möglichkeiten der Förderung des Fachschulwesens für die Jugendlichen offenhalten wollen.

Kleine politische Zeitnotizen. Die Reichsregierung hat am 20. Juli den Reichstagsler Papen zum Reichskommissar für Preußen eingesetzt. In dieser Eigenschaft hat ihn der Reichspräsident ernannt, die Mitglieder der preussischen Staatsregierung ihrer Ämter zu entheben. Der Innenminister Severing sowie der Polizeipräsident von Berlin Greifstein, der Polizeipräsident Dr. Weisk und der Kommandeur der Berliner Schupo, Seimannsberg, wurden mit Gewalt von ihren Ämtern entfernt. Die letzteren drei wurden verhaftet und am Abend wieder freigelassen. Über Berlin und Brandenburg wurde der Ausnahmezustand verhängt. Der Betrieb der „Roten Fahne“ in Berlin wurde von Polizeibeamten besetzt. Das Personal hat die Räume auf Aufforderung der Polizeibeamten verlassen. — Die kommunisistische Tageszeitung für den Bezirk Halle-Merseburg, „Der Klassenkampf“, ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf drei Tage verboten worden. — Der nationalsozialistische braunschweigische Minister Klages hat den braunschweigischen „Volksfreund“ und seine drei Kopfschläger wieder auf drei Wochen verboten, weil das sozialdemokratische Blatt in einem Artikel: „Der Stahlhelm darf Sünde tragen, zweierlei Maß“, darauf hingewiesen hatte, daß das braunschweigische Polizeipräsidium dem Stahlhelm bei einer Demonstration das Mitführen von Handfäden erlaubt hat, während der Eisenen Front das Mitführen von Stöcken verboten war. Beide Demonstrationen waren am gleichen Tage. — Das Reichsbanner hat gegen das vom preussischen Innenministerium auf Veranlassung des Reichsinnenministers ausgeprophene Verbot der „Reichsbannerzeitung“ Beschwerde eingelegt. — Die Bundesführer des Stahlhelms haben für die Reichstagswahlen die Wahlparole ausgegeben, „sich für eine der beiden großen, in ihrem Hoheitsgebiet einigen nationalen Parteien, für die NSDAP, oder für die DVP, zu entscheiden.“ — In Anwesenheit von 43 Staaten wurde am Montag von der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes in Genf einmütig die Türkei als 56. Mitglied des Völkerbundes feierlich aufgenommen. Der Beginn der diesjährigen ordentlichen Vollversammlung wurde auf den 26. September festgesetzt.

Neu erschienene Eingänge
„Zwangsarbeiter in Deutschland.“ Bestsellertitel des Bildungswesens der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Heft 7, 29. Jahrgang. Bezugspreis für Nichtmitglieder vierteljährlich 4,20 M., ohne Porto. Aus dem Inhalt des vorliegenden Heftes sei hervorgehoben: „Als heute noch Vorbildung notwendig?“ — „Die Antikata in Weimar.“ — „Schwarzarbeit in der Dienstleistung.“ — „Der Schriftverkehr für die Jugendlichen.“ — „Geldsünde oder gelebte Intelligenz?“ — „Wandern an den Berliner Kurierarbeiten.“ Die Weltlage. Das Fachschulwesen im Buchdruckereibetrieb. „bringt u. a.“ — „Schülerarbeiten aus der Werkstatt.“ — „Schwarzarbeit in der Dienstleistung.“ Die zweite händliche Weltlage. „Der Fotoapparat.“ „bringt folgende Aufsätze: „Schade um die schönen Entwürfe!“ — „Nach der Welt.“ — „Ein Plöner der modernen Zeitungsillustration.“ — „Zahlreiche interessante Stellen und Preisgruppenberichte veröffentlichen den Inhalt des Heftes, dem „Der Buchdrucker“ Nr. 7 beigeheftet ist.“
„Der Hattenkänger von Braunan.“ In wädhlichen und unangenehmen Ausdrücken legt Anton Erkelenz in dieser neuen Broschüre (erschienen in Ditzler-Verlag, 10 S., 10 Pf. vrd.) dar, wie der Nationalsozialismus nachher zu einer öffentlichen Gefahr für die Nation geworden ist. Auch dem politischen Ungehorsam werden die Augen über das Treiben der Nazis und seines Anhängers geöffnet. Eindeutlich und energisch ist die Meinung, die Erkelenz vornimmt, mit wertschätzender Würdigung der Straftaten, wie u. a. B., daß der Reichstag „Mit dieser und den andern Stampfbroschüren der Eisenen Front den Stolz gegen die Nazis schreit, und um den Sieg der Freiheit und des Rechts ist uns nicht bangt.“
„Die Gesellschaft.“ Internationales Bureau für Sozialismus und Volkst. Herausgegeben von Hans Hildebrandt, 4. Jahrgang, Nr. 7. Verlag S. B. Dieckhoff, 8. u. 9. B. D. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Vierteljahrsabonnement 4,50 M. Einzelheft 1,20 M.
„Die Welt.“ Bestsellertitel für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften von Eberhard Weipert, 6. Jahrgang, Heft 7. Vierteljahrsheft des V. D. B. 8. u. 9. B. D. Berlin S 14, Inselfstraße 6. Preis des 61 Seiten starken Heftes vierteljährlich 3,00 M. für Organisationskosten 2,85 M.
„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, 6. Jahrgang, Heft 14. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats, Berlin S 1, 23. Dieckhoff, 8. u. 9. B. D. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis für Deutschland monatlich 80 Pf.

Gestorben
In Berlin am 17. Mai der Seher Alfred Carl Sieple aus Berlin i. Komm., 62 Jahre alt — (Gehirnerkrankung); am 2. Juni der Seher Hermann Dutsch aus Spandau, 42 Jahre alt — (Hirnbluterguss); am 4. Juni der Seherinwalde Ernst Ziegler aus Berlin, 60 Jahre alt — (Herzschlag); am 10. Juni der Seher Max Carl Köhler aus Berlin, 53 Jahre alt — (Herzschlag); am 11. Juni der Seher Willi Tausendfreund aus Berlin, 44 Jahre alt — (Gehirnbluterguss); am gleichen Tage der Sehermeisterwalde Ernst Ziegler aus Berlin, 60 Jahre alt — (Herzschlag); am 15. Juni der Seher Emil Einfeldt aus Berlin, 64 Jahre alt — (Schlaganfall); am 16. Juni der Seher Willi Eber aus Neumünster, 27 Jahre alt — (Tod durch Verdrücken); am 19. Juni der Seher Max Kahl aus Berlin, 60 Jahre alt — (Herzschlag); am 22. Juni der Seher Josef v. a. den Berach aus Baden, 55 Jahre alt — (Schlaganfall); am 27. Juni der Sehermeister August Dersche aus Emmerich, 44 Jahre alt — (Herzschlag); am 28. Juni der Seher Carl Zeigler aus Krefeld, 38 Jahre alt — (Herzschlag); am 29. Juni der Sehermeister Eberhard Biedewitz aus Altona, 51 Jahre alt — (Herzschlag).
In Blankenburg am 1. Juli der Buchdrucker Wilhelm Matlach aus Minder (Hnh.), 64 Jahre alt.
In Hamburg am 27. Juni der Korrektorenwalde Ernst Dietrich aus Johannistadt, 67 Jahre alt — Unfall.
In Remden am 27. Juni der Inwalde Alfred Walter aus Remden, 62 Jahre alt — (Herzschlag).
In Dierpelsdorf (Ranzen) am 30. Juni der Seherinwalde Carl Seidel aus Magburg, 68 Jahre alt — (Brustleiden).
In Kienburg am 8. Juli der Seher Max Koller, 45 Jahre alt.
In Witting 5. Eidenburg am 1. Juli der Seher Heinrich Müller, 20 Jahre alt — beim Baden ertrunken.

Briefkasten
P. A. in Breslau: Die Propagierung einer Einheitsfront nach Ihrem Vorschlag ist ab. Die Einheitsfront besteht bereits. Es ist die Einheitsfront sämtlicher gewerkschaftlicher Selbstorganisations, gleichviel welcher Richtung. — J. B. in Weimar: Wird ausendertausende Verwendung finden. Größt. — K. B. in W.: Informatorisch zur Kenntnis genommen.

Verbandsnachrichten
Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 3191, 3141 bis 3145. Hauptkonto: Bank der Deutschen Arbeitervereine, Berlin, Postfach 10000, Hauptstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1033 87 (W. Schweinitz).

Zur Aufnahme gemeldet
(Einnennungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Johann Hagen der Seher S. Hermann Schmidt, geb. in Walsdorf, Wittenberg, 1904, August in Wittenberg, 1922, war schon Mitglied. — August Wöttna in Wittenberg, Holzstraße 24.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung
Gesundheitsverwaltung. Der auf der Reise befindliche ausgereizte Arbeiter E. A. S. in Leipzig (Heftnummer 64 192) gab in Neuzingen am 18. September 1932, ist nach uns angewandten Mitteilungen im Besitz eines deutschen und eines schweizerischen Verbandsbuches. Das deutsche Verbandsbuch ist dem Verbandsvorstand bereits zugesandt worden. Wir bitten unsere Funktionäre, dem Deutschen Spiel das schweizerische Verbandsbuch abzunehmen und der Gesundheitsverwaltung einzuweisen. Eine Bescheinigung über die Abnahme des Buches ist ev. nicht auszufüllen.
— Der auf der Reise befindliche Kollege Eberhard Wittner aus Sonneberg (Züringen) Hauptbuchnummer 192 2603 ist dem Gesundheitsverwaltungsbüro in Sonneberg (Züringen) mitgeteilt worden. Wir bitten unsere Funktionäre, dem Buch die nötigen Unterschriften zu machen, damit ihm sein Verbandsbuch zugesandt werden kann.

Dresden. Der Seher Otto Franz (Hauptbuchnummer 135 420) verlor am 18. Juni 1932 in Dresden sein Verbandsbuch (Hauptbuchnummer 5073). Ihm wurde ein neues Buch zugesandt unter der Nummer 5384 Dresden. Das neue Buch wird ihm mit dem nötigen Material zugesandt. Das Buch vorgelegt werden, ist dieses dem Vorgesetzten abzunehmen und in die Gesundheitsverwaltung einzuweisen.
Freilassung. Das Drückgeschäft an ausgereizter Durchreisende (50 Pf. oder freie Übernachtung) wird ab 1. August nur in der Wohnung des Kollers, S. B. D. E. Freilassung, Heuelstraße 10, erfolgen 4 und 7 Uhr abends verabschiedet. Stattdessen wird in den Buchdruckereien nicht gemeldet. Die Buchdruckerverwalter werden ersucht, die Durchreisenden darauf aufmerksam zu machen.

Beauftragungskalender
Kreisel, Berlin S 14, u. Montag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Förster, Marktstraße 41.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 59
(23. Juli 1932)

Artikel: Unter Verband im Jahre 1931. — An die deutsche Arbeiterschaft! — Gewaltstreik der Reichsregierung gegen Preußen. — Ein dem „Bene“ zur Arbeiterschaft! — „Bene“ Barone und Hitler. — Sozialismus retten? — Leisnau und die Wirtschaftspolitik.
Zeitschrift: Nachdenkliches über Jugenderziehung und Jugendwillege.
Korrespondenzen: Danzig. — Arnstadt. — Emden. — Kassel (W. S.). — Köln (W. S.). — Mainz. — Neunkirchen. — Steinf. (S.).
Rundschau: Zur Wirtschaftsfrage im gewerkschaftlichen Gewerbe. — Wieder Hauptgrund aus dem Gewerkschaftswesen. — Verdrückung des Arbeitstenden. — Demonstrationenverbot für das ganze Reich. — Die Welt im wittern Wagnis. — Die Finganzpolitik. — Ein Maßstab gegen die Isolierung der Marxisten. — Verdrückungen. — Reform im Kleinschreiben. — Internationale Arbeitslosigkeit. — Die Arbeitslosen der holländischen Gewerkschaften auf dem Gebiet des Bildungswesens. — Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 266 10

Gratis Preisliste Nr. 18 senden GUMMI-MEDIKUS Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8.	Das beste Fortbildungsmittel für die Fernstudien des Bildungswesens. Probebrief durch den Altbauverwalter der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.	Winkelhaken von 6,70 M. an liefert K. Siegel, München 9, Kolmbusstraße 1.	Am 8. Juli verlehrt uns lieber Kollege, Stereotypur [608]	Am 16. Juli verlehrt ganz plötzlich an den Posten eines Setzorgans während seiner Erholungsurlaubes unser lieber Kollege, der Metteur [510]	Am 16. Juli verlehrt plötzlich und unerwartet infolge Gesundheitszustand längerer Krankheit, der Waisende und Aelterer des Exzellenz-Oberverens, unser lieber Kollege [507]
Werkzeugkasten Verzeuge f. Maschinenmeister u. Seher empf. i. bel. Qual. Soll. Max Völpel, Leipzig-Gohlis, Völpelstr. 61. Preisl. frei.	Schriften Entlohnungen, füllmaterial, Formate u. Unterzettel liefert K. Siegel, München 9, Kolmbusstraße 1.	Am 15. Juli verlehrt an den Folgen eines hochgradigen unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [509]	Naul Fröhlich Nach langem, schwerem Weiden im Alter von 67 Jahren. Wird werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen des Zentralbüros für die deutsche Presse, Hermann Brendo Verlag, Dreilner Schnellsterotypie.	Andreas Mann aus Würzburg, im Alter von 62 Jahren. Er gelebte unserer Organisation 44 Jahre an. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Mitgliedsschaft Nürnberg-Gürtel.	Rudolf Voß im 60. Lebensjahr. Wir verlieren in ihm nicht nur einen gewissenhaften Mitarbeiter, sondern auch einen aufstehenden Menschen, der seine volle Arbeitskraft restlos in den Dienst der Allgemeinheit stellte. Ein befehdendes Wesen wandt ihn uns unermesslich. Seine vielseitige Betätigung war ein Vorbild für die junge Generation. Ehre seinem Andenken! Reizfokverein Erfurt.

Verlag: Freundschaftsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, S. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5
Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 3191, 3141-3145 + Druck: Buchdruckerei K. S. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5